

Feminismus

Frauen-Kurzmeldungen Januar 2013

Von Barbara Schulz | 28. Januar 2013

Gewalt an Frauen

Am 25. November begehen wir den internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen. Sich gegen die weit verbreitete Gewalt einzusetzen, ist dringlich. So hat sich der Außenminister Großbritanniens, William Hague, zu einer Initiative entschlossen, die sich gegen die sexuelle Gewalt in Konfliktgebieten einsetzt.

Gewalt an Frauen

Am 25. November begehen wir den internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen. Sich gegen die weit verbreitete Gewalt einzusetzen, ist dringlich. So hat sich der Außenminister Großbritanniens, William Hague, zu einer Initiative entschlossen, die sich gegen die sexuelle Gewalt in Konfliktgebieten einsetzt.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass Vergewaltigung als Kriegswaffe eingesetzt wird, zu einem Mittel der Kriegführung gemacht wird. So wird angenommen, dass während des Genozids in Ruanda 1994 bis zu 400 000 Frauen vergewaltigt wurden, im Bosnienkrieg waren es 50 000 Frauen, aber hier wurden immerhin 30 Männer später verurteilt. Auch in Syrien wird gegenwärtig vergewaltigt, und Regierungstruppen wie Milizen werden wohl straffrei ausgehen. Vergewaltigungen verletzen die betroffenen Frauen nicht nur physisch, sondern die Traumatisierungen werden oft noch durch die Gesellschaft mit Ablehnung und Zweifel verstärkt. Eine Bestrafung der Täter hilft dem Selbstbewusstsein der Frauen ein wenig.

Welch aberwitzige Vorstellungen es in diesem Bereich gibt, zeigt die von uns schon erwähnte Theorie eines US-amerikanischen Gouverneurs, Todd Atkins, der eine Schwangerschaft nur für möglich hält, wenn die Frau willens ist. Es kann also bei einer Vergewaltigung keine Schwangerschaft geben und damit auch keine Abtreibung.

Frankreich

In Frankreich veröffentlichte Le Nouvel Observateur ein Manifest, in dem 343 Frauen angeben, dass sie vergewaltigt wurden. Die Zahl zeigt, dass sexuelle Gewalt auch bei uns eine Rolle spielt. Viele Fälle bleiben im Dunkeln, weil sie nicht angezeigt werden und somit auch nicht betrafft werden können. Vergewaltigung ist ein Verbrechen, bei dem die gesellschaftlichen Ansichten aber oft der Frau Schuld oder doch zumindest Mitschuld zuweisen, auch Scham hält oft von einer Anzeige ab. Dazu kommt, dass eine Anzeige auch die fortlaufende Beschäftigung mit der erlittenen Gewalt nach sich zieht. Der Wunsch zu verdrängen, zu vergessen, ist dann unerfüllbar. Das Manifest sollte die Öffentlichkeit aufrütteln, ist aber kaum verbreitet worden. Sein Vorgänger von 1971, in derselben Zeitung, mit dem Outen: „Wir haben abgetrieben“ war dagegen von großer Wirkung.

Afghanistan

Gewalt gegen Frauen, die sich aus der Deckung wagen, ist sehr lebendig. In Afghanistan nimmt die Gewalt gegen Frauen zu. So wurde Anfang Dezember 2012 die Frauenbeauftragte der Provinz Loghman auf ihrem Weg zur Arbeit erschossen, in der Woche davor wurde eine Impf-Aktivistin umgebracht. Es ist offensichtlich, dass Frauen, wenn sie aktiv werden, in ihre Schranken verwiesen werden sollen. So wird den Mädchen auch verstärkt der Schulbesuch erschwert bzw. unmöglich gemacht. Laut Oxfam geben 87% der Frauen in Afghanistan an, physische, psychische oder sexuelle Gewalt erlitten zu haben.

Indien

Eine besonders brutale Vergewaltigung hat in Indien für eine Welle von Demonstrationen gesorgt. Am 16. Dezember wurde eine 23-jährige Studentin in einem Bus von sechs Männern vergewaltigt, misshandelt und aus dem fahrenden Bus geworfen. Sie war in Begleitung eines Mannes um etwa 21 Uhr auf dem Nachhauseweg von einem Kinobesuch, das heißt, sie hat sich selbst für rigide konservative Vorstellungen korrekt verhalten, „nicht provoziert“. Zudem war sie keine Dalit (Kastenlose), sondern an ihr zeigt sich, dass auch die Mittelschichten betroffen sind von der zügellosen sexuellen Gewalt. Die Haltung von Polizei und Gerichten gegenüber den Tätern führt zumeist dazu, dass die Täter straflos ausgehen. Trotz des Bemühens, die Studentin zu retten, sie wurde in ein spezielles Krankenhaus nach Singapur überführt, starb sie an Organversagen. Ihre Verletzungen müssen grauenhaft gewesen sein!

Aufgeschreckt durch die Heftigkeit der Demonstrationen will die Regierung nun Daten und Fotos von Vergewaltigern im Internet veröffentlichen. Mit welchen Folgen?

Die Demonstrationen gehen weiter! Notwendig ist aber vor allem eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem grundsätzlichen Problem.

Bundesrepublik

„Risikofaktor“ Kind

Das Armutsrisiko der Rentenbezieherinnen steigt mit der Anzahl ihrer Kinder. Im Jahr 2011 hatten Frauen aus gesetzlichen und betrieblichen Renten ohne Kind durchschnittlich 1308 Euro, mit einem Kind 1094 Euro, mit zweien 979 Euro. Frauen scheiden der Kinder wegen zeitweilig aus dem Beruf aus, der Wiedereinstieg erweist sich oft als problematisch. Die gegenwärtige Beschäftigungslage der Frauen verspricht da keinerlei Verbesserung.

Der Unterschied der Rentenhöhe zwischen Männern und Frauen wird laut OECD-Studie so angegeben: Deutschland 50%; Italien 30%, Estland nur geringfügig unterschiedlich. Zwar beträgt der Anteil erwerbstätiger Frauen 68%; aber der hohe Anteil an Teilzeitarbeit drückt die Löhne.

Minijobs

Die Minijobs – ge

genwärtig noch 400-Euro Jobs – verdrängen weiterhin reguläre Beschäftigungen. Im Gastgewerbe beträgt ihr Anteil 34%, im Einzelhandel 23%, im Gesundheits- und Sozialwesen 12%. Die meisten dieser Arbeitsplätze werden von Frauen besetzt. Insgesamt soll es 7,4 Millionen solcher Arbeitsplätze geben! Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sieht, dass die längeren Öffnungszeiten im Einzelhandel von Minijobs getragen werden. Wenn allerdings equal pay und equal treatment sich durchsetzen würden, verminderte sich die Attraktivität dieser Beschäftigungsart für die Arbeitgeber.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Montag den 28. Januar 2013
in der Kategorie: **Feminismus, RSB4.**